

## Gemeinsamer Aufruf Für ein weltoffenes und tolerantes Land

Bundesärztekammer | Bundespsychotherapeutenkammer | Deutscher Hebammen-  
verband | Deutsche Krankenhausgesellschaft | Deutscher Pflegerat | Marburger Bund  
| ver.di

Berlin (10. Februar 2025)

### **Fachkräfte aus dem Ausland sind unverzichtbar für eine flächendeckende Kranken- hausversorgung. Auch deshalb muss Deutschland ein weltoffenes und tolerantes Land bleiben.**

Rund 15 Prozent aller Ärztinnen, Ärzte und Pflegefachpersonen in Deutschland haben eine ausländische Staatsbürgerschaft. Jedes Krankenhaus beschäftigt ausländische Fachkräfte und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Berufsgruppen, Pflegeheime ohne ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wären undenkbar. Hinzu kommen ungezählte Kolleginnen und Kollegen mit Migrationsgeschichte. Die Zahlen untermauern ein weiteres Mal: Unser Gesundheitssystem prägen Internationalität und kulturelle Vielfalt. Die aktuelle Studie „Internationale Talente“ des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI) belegt die Bedeutung dieser aus der ganzen Welt kommenden Kolleginnen und Kollegen für unser Gesundheitssystem – ohne sie wäre die Versorgung, wie sie uns heute in Deutschland zur Verfügung steht, nicht machbar.

Gerade in den ländlichen Regionen ist der Anteil zugewanderter Ärztinnen, Ärzte, Pflegefachpersonen, Psychotherapeutinnen und -therapeuten, Hebammen und weiterer Gesundheitsfachkräfte besonders hoch. Sie sichern zusammen mit ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen die Gesundheitsversorgung in der Fläche und sorgen dafür, dass Patientinnen, Patienten und Pflegebedürftige rund um die Uhr und wohnortnah professionelle Hilfe und Unterstützung erfahren. In vielen Teilen Deutschlands wäre die Versorgung ohne diese Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausland akut gefährdet. Stationen in Kliniken müssten geschlossen und lange Wartelisten geführt werden. Pflegebedürftige könnten nicht mehr versorgt und zahlreiche Arztpraxen müssten geschlossen werden.

Die Studie des DKI zeigt auch, dass eine offene Kultur, in der sich ausländische Mitarbeitende wertgeschätzt und willkommen fühlen, Grundvoraussetzung für gelungene Integration ist. Die Verbände und Organisationen aus dem Gesundheitswesen sehen es als ihre Aufgabe, gemeinsam mit den in der Politik verantwortlich Handelnden diese offene Kultur zu erhalten und auszubauen.

Wir alle aus dem Gesundheitswesen wissen aus unserer täglichen Praxis: Das Zusammenwirken von Menschen aus verschiedenen Nationen und Kulturen, der Austausch

von Ideen, Wissen und individuellen Erfahrungen, bereichern die Arbeit der Beschäftigten in unserem Gesundheitswesen und sichern maßgeblich die qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung in unserem Land.

Natürlich ist die Integration von Menschen aus dem Ausland für beide Seiten auch kulturell und sprachlich herausfordernd. Aber dieses Engagement lohnt sich.

Wir sehen mit großer Sorge, dass derzeit mit Schlagworten wie „Remigration“ und „Massenabschiebungen“ unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen zutiefst verunsichert werden und nicht wenige von ihnen bereits darüber nachdenken, in einem anderen Land in Europa zu heilen, zu helfen und zu pflegen. Für die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Deutschland würde das zu unverantwortbaren Verwerfungen in der Behandlung und Betreuung der Menschen führen.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sind für ein menschliches, diskriminierungsfreies Gesundheitswesen essenziell. Menschen mit Migrationshintergrund sind und bleiben selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Das ist aktuell so, dafür wollen wir uns auch in Zukunft gemeinsam mit allen demokratischen Kräften einsetzen. In einer Demokratie tragen wir alle gemeinsam auch als Wählerinnen und Wähler Verantwortung, dass Deutschland ein tolerantes und weltoffenes Land bleibt.

Pressekontakte:

**Bundesärztekammer**

Samir Rabbata, Tel. (030) 400456-700 | [presse@baek.de](mailto:presse@baek.de)

**Bundespsychotherapeutenkammer**

Ulrike Florian, Tel. (030) 278785-21 | [presse@bptk.de](mailto:presse@bptk.de)

**Deutscher Hebammenverband**

Katharina Buri, Tel. (030) 394067746 | [presse@hebammenverband.de](mailto:presse@hebammenverband.de)

**Deutsche Krankenhausgesellschaft**

Joachim Odenbach, Tel. (030) 39801-1020 | [pressestelle@dkgev.de](mailto:pressestelle@dkgev.de)

**Deutscher Pflegerat**

Michael Schulz, Tel. (030) 39877-303 | [presse@deutscher-pflegerat.de](mailto:presse@deutscher-pflegerat.de)

**Marburger Bund**

Hans-Jörg Freese, Tel. (030) 746846-40 | [presse@marburger-bund.de](mailto:presse@marburger-bund.de)

**ver.di**

Richard Rother, Tel.: (030) 6956-1013 | [pressestelle@verdi.de](mailto:pressestelle@verdi.de)

[Download Pressemitteilung](#)

[Download Aufruf „Für ein weltoffenes und tolerantes Land“](#)

---

**Deutscher Pflegerat e.V. (DPR)**

Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen  
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Ansprechpartner\*in:

**Christine Vogler**

Präsidentin des Deutschen Pflegerats

**Michael Schulz**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0151 650 617 86 | E-Mail: [m.schulz@deutscher-pflegerat.de](mailto:m.schulz@deutscher-pflegerat.de)

Internet: [www.deutscher-pflegerat.de](http://www.deutscher-pflegerat.de)

Der Deutsche Pflegerat als Dachverband vertritt die geeinten Interessen der Berufsverbände und nicht die einzelnen Partikularinteressen der Verbände. Unterschiedliche Positionen und Meinungen einzelner Verbände können sichtbar sein und die Vielfalt der pflegerischen Profession widerspiegeln. Dieses berührt nicht die gemeinsamen Ziele und Intentionen des Deutschen Pflegerats.

#### **Zum Deutschen Pflegerat e.V. (DPR):**

Der Deutsche Pflegerat e.V. wurde 1998 gegründet, um die Positionen der Pflegeorganisationen einheitlich darzustellen und deren politische Arbeit zu koordinieren. Darüber hinaus fördert der Zusammenschluss aus 20 Verbänden die berufliche Selbstverwaltung. Seit 2003 handelt der Deutsche Pflegerat e.V. als eingetragener, gemeinnütziger Verein. Als Bundesarbeitsgemeinschaft des Pflege- und Hebammenwesens und Partner der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen vertritt der Deutsche Pflegerat heute die insgesamt 1,7 Millionen Beschäftigten der Pflege. Über die berufliche Interessenvertretung hinaus ist der Einsatz für eine nachhaltige, qualitätsorientierte Versorgung der Bevölkerung oberstes Anliegen des Deutschen Pflegerats.

Präsidentin des Deutschen Pflegerats ist Christine Vogler. Vize-Präsidentinnen sind Irene Maier und Annemarie Fajardo.

#### **Mitgliedsverbände des DPR:**

- Arbeitsgemeinschaft christlicher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V. (ADS)
- Anbieterverband qualitätsorientierter Gesundheitspflegeeinrichtungen e.V. (AVG)
- Bundes-Dekanekonferenz Pflegewissenschaft gem. e.V.
- Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V. (BLGS)
- Bundesverband Geriatrie e.V. (BVG)
- Bundesverband Pflegemanagement
- Deutscher Hebammenverband e.V. (DHV)
- Berufsverband Kinderkrankenpflege Deutschland e.V. (BeKD)
- Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V. (BFLK)
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
- Deutsche Gesellschaft für Endoskopiefachberufe e.V. (DEGEA)
- Deutsche Gesellschaft für Fachkrankenpflege und Funktionsdienste e.V. (DGF)
- Deutsche Gesellschaft für Pflegewissenschaft e.V. (DGP)
- Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
- Deutsches Netzwerk Advanced Practice Nursing & Advanced Nursing Practice (DNAPN) e.V.
- Initiative Chronische Wunden e.V. (ICW)
- Katholischer Pflegeverband e.V.
- Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz e.V. (VdS)
- Verband für Anthroposophische Pflege e.V. (VfAP)
- Verband der Pflegedirektorinnen und Pflegedirektoren der Universitätskliniken und Medizinischen Hochschulen Deutschlands e.V. (VPU)